

Wohnraum für die Region Stuttgart

Grüne Initiative für mehr Wohnungen in der Region Stuttgart - Attraktiv, klimafreundlich, sozial, nachhaltig, gut erreichbar



Die Grünen in der Region fordern eine gemeinsame Wohnungsbaustrategie für die Region Stuttgart um den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Bezahlbarkeit ist ein wichtiges Kriterium. Zu einem lebenswerten Umfeld gehören ebenso die soziale Durchmischung von Quartieren und das klimagerechte, ökologische Bauen, sowie möglichst geringe Flächenversiegelung.

Dazu ist es notwendig, dass die Kommunen und Kreise die in ihren Flächennutzungsplänen und im Regionalplan ausgewiesenen Flächen für den Wohnungsbau realisieren. Oberste Planungsprämisse ist der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“. Gleichzeitig fordern wir, dass in den Kommunen und Kreisen zukunftsfähige, kompakte Wohnformen geplant und gebaut werden und Umwelt- und Naturschutzstandards nicht aufgeweicht, sondern erfüllt werden. Wichtige Voraussetzung für die Umsetzung sind angemessene Beteiligungsformen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Grundsätze für den dringend benötigten Wohnungsbau in der Region Stuttgart:

- In der Wohnbauflächenentwicklung gilt das Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung, das spart Flächen und Geld. Die Zersiedelung der Landschaft muss aufhören.
- Die Wohnbauentwicklung muss sich entlang der Entwicklungsachsen (S-Bahn, bestehendes Schienennetz, ÖPNV-Strukturen) vollziehen. Dabei sollen zunächst - wo möglich - die regionalen Wohnbauschwerpunkte realisiert werden. So werden Verkehre auf den Verkehrsverbund verlagert und Individualverkehr wird vermieden.
- Grüne Politik stärkt die Ortskerne mit ihrer Grundversorgung und fördert die soziale Integration.
- Wir setzen uns für sozial gemischte Wohnquartiere ein, wo sich Menschen mit unterschiedlichem Einkommen begegnen. Deshalb soll jeweils ein Anteil als öffentlich geförderte Wohnungen entstehen.
- In der Nachverdichtung im Bestand und der Bebauung von Industriebrachen sehen wir große Flächenpotenziale, die vorrangig beplant werden müssen – Urbane Stadtquartiere.

- Es sollen auch Wohneinheiten gebaut werden, die der Nachfrage nach kleineren, preiswerteren Wohnungen gerecht werden:
- Umweltstandards und Naturschutzvorgaben sind Voraussetzung für nachhaltige Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Deren Einhaltung macht sich für Mieterinnen und Eigentümerinnen bezahlt- und trägt zum Klimaschutz bei.
- Barrierefreier Wohnraum wird im Hinblick auf den demografischen Wandel immer wichtiger. Die in der Landesbauordnung BA-WÜ gesetzlich geforderte Pflicht zur Herstellung barrierefreier Wohnungen soll deshalb nachhaltig gestärkt werden.
- Eine aktive Grundstückspolitik erhöht den Handlungsspielraum der Kommunen. Diese haben damit die Möglichkeit bauliche Standards festzulegen, kompakte Wohnformen zu unterstützen und gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnformen zu fördern. Wir befürworten gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften und kommunale Baugesellschaften, welche am Wohnungsmarkt als aktive Akteure Wohnobjekte bauen, vermieten und verwalten.
- Die Vernetzung wohnungsmarktpolitischer Maßnahmen ist wesentlich, damit geeignete Konzepte nicht an der Grenze einer Gemeinde Halt machen.
- Grün ist, wenn Flächen geschont und Böden geschützt werden. Unbebauter Boden ist inzwischen ein rares Gut und unerlässlich für die Grundwasserneubildung, den Klimaschutz und die regionale Nahrungsmittelproduktion.

Für die Umsetzung der Wohnungsbaustrategie braucht es den regen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, den beständigen fachlichen Austausch zwischen den Mandatsträger*innen und den Planungsbehörden. Ebenso bedarf es der Einbeziehung von Modellprojekten und neuen Impulsen von Architekten und Planern genauso wie von der Wohnungswirtschaft. Vernetzungen auf allen Ebenen erhöhen die Realisierungschancen. Aus den oben genannten Maßnahmen wollen wir wohnungsmarktpolitische Ziele ableiten, welche mittelfristig den Wohnungsmarkt entspannen. Diese wollen wir im Rahmen der Wohnungsbaustrategie umsetzen, in welcher die Maßnahmen der Gemeinden der Region gebündelt werden.

Beschlossen durch Regionaldelegiertenkonferenz am 15.07.2017 in Kornwestheim